

Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

Antrag W2_22

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Sachsen

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **W2_22 It's the history that matters - Für eine zu-** 4 **kunftssträchtige Gedenkstättenarbeit!**

5 Eine reflektierte, kritische und begründete Position bezüglich der Verbrechen im Nationalsozialismus,
6 während der sowjetischen Besatzung und in der DDR sollte zum historischen Verständnis eines jeden
7 Menschen gehören - doch das ist leider nicht immer der Fall!

8 In Anbetracht der Verbrechen des Nationalsozialismus und des DDR-Regimes ist eine kritische, reflek-
9 tierte und begründete Position Grundvoraussetzung für das historische Verständnis im Umgang mit der
10 deutschen Erinnerungskultur - leider ist das nicht immer der Fall. Nicht nur rechte Gruppierungen haben
11 ein anderes, wissenschaftsfeindliches Verständnis der Geschichtsschreibung. In weiten Teilen unserer
12 Gesellschaft sind schlecht aufgearbeitete Unterrichtseinheiten zum NS sowie kurze, unreflektierte und
13 schlecht vorbereitete Besuche von Gedenkstätten der Status Quo. Unwissenheit, Unverständnis sowie
14 der Wunsch nach einfachen Antworten in einer komplexer werdenden Welt und unserem System ent-
15 springenden Machtgefügen führen zu wiederaufkeimenden nationalistischen Gedanken und Strömun-
16 gen, oder einer Verklärung des Vergangenen. Besonders die Verbrechen der NS-Diktatur verblassen in
17 der kollektiven Erinnerung - nur noch wenige Zeitzeug*innen können von den ihnen angetanen Gräuelt-
18 ten aus erster Hand berichten. Selbst Hochschulen besitzen trotz ihres Auftrages zur gesellschaftlichen
19 Aus- und Weiterbildung und ihrem demokratischen Selbstverständnis nur selten Angebote zur aktiven
20 Erinnerungskultur. Das Resultat: Aufkommende neurechte Gruppierungen machen nicht vor den Türen
21 der Hochschulen halt. Was können und müssen diese also leisten, um die Gedenkstättenarbeit zu mo-
22 dernisieren und Erinnerungskultur zu fördern?

23 In den meisten Fällen war der Besuch einer Gedänkstätte im Zuge des Geschichtsunterrichts verpflich-
24 tend. Mittlerweile gleichen Ausflüge in Konzentrationslager, Haftanstalten der Gestapo oder des Minis-
25 teriums für Staatssicherheit eher einem Sightseeing-Trip - Hauptsache man ist da gewesen. Dabei ist
26 Auftrag und Anspruch von Gedenkstätten die Informationsweitergabe, das Erinnern dieses historischen
27 Ortes, aber auch das Widerspiegeln der Geschehnisse aus Sicht der Opfer mit beispielhafter Darstellung
28 einzelner Lebensgeschichten. Gedenkstätten sind ein wichtiger Teil unseres demokratischen Selbstver-
29 ständnisses und sollen Besucher*innen zu einer persönlichen, kritischen Auseinandersetzung mit der
30 Geschichte Deutschlands und demokratischen Verantwortungen anregen.

31 Dabei kann stetiges Erinnern an die Shoah und das nationalsozialistische Verbrechen an den Jüdinnen
32 und Juden nie ein Ende haben. Auch und gerade heute - fast 70 Jahre nach der Befreiung der BRD -
33 muss es ein essenzieller Bestandteil unserer politischen Arbeit und unseres gesellschaftlichen Wirkens
34 sein, den tief verankerten Antisemitismus zu benennen und dagegen vorzugehen. In der Aufarbeitung
35 muss es daneben Aufgabe einer kritischen Gesellschaft sein, sich den immer wieder aufkommenden
36 Relativierungsversuchen des Holocausts, dem Widerspruch seiner Singularität oder der Täter-Opfer-Um-
37 kehr im Kontext des Nationalsozialismus entgegenzustellen. Um dies zu erreichen, braucht es unter

38 anderem Gedenkstätten, deren Arbeit in jeglicher Weise wertgeschätzt und für die gesamtgesellschaftliche Weiterbildung genutzt wird.
39

40 Eine aktive Erinnerungskultur kann nur entstehen, wenn die Gedenkstätten ausreichend finanziert sind
41 und Arbeitskräfte guten Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind. An Hochschulen und beispielsweise in
42 den Landeszentralen für politische Bildung muss in ausreichender Weise eine Aus- und Weiterbildung
43 von Gedenkstättenpersonal gefördert werden. Sie sind essentiell um Wissen über NS- und DDR-Verbrechen
44 zu vermitteln. Um aktuelle Ausstellungen und pädagogisch wirksame Vermittlungsarbeit zu finanzieren,
45 ist man zumeist auf Finanzierung aus Drittmitteln und auf Sonderprogramme angewiesen. Mitarbeitende
46 sind oft nur auf Honorarbasis oder in befristeten Verträgen angestellt. Weshalb sollen sich
47 pädagogisch ausgebildete Fachkräfte für die Arbeit in Gedenkstätten entscheiden, wenn diese keine
48 langfristige finanzielle Absicherung bieten? Es ist Aufgabe von Bund und Ländern eine ausreichende
49 Finanzierung der Gedenkstätten zu gewährleisten. Gedenkstätten sind nicht nur Orte der Trauer und des
50 Mitgefühls, indem sie uns das Grauen vor Augen führen. Sie sorgen nicht automatisch für eine nachhaltige
51 Verinnerlichung der Geschehnisse - nur ein diverses, pädagogisches Angebot von Rundgängen,
52 Workshops, Ausstellungen und beispielsweise künstlerischen Aufarbeitungen sorgt für zukunftssträchtiges
53 Lernen, welches grundlegend notwendig für die Bildung einer freien und sozialen Gesellschaft ist.

54 In der aktuellen Debatte der Erinnerungskultur erweitert sich der Diskurs auch auf weitere Verbrechen
55 wie die der deutschen Kolonialgeschichte. Während diese im Geschichtsunterricht oder Studium nur
56 eine Nebenrolle spielen, soll den Gedenkstätten hier in Zukunft eine größere Rolle zukommen. Nur eine
57 Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte durch das erlebende Lernen in Gedenkstätten
58 kann die Gesellschaft zu einer antirassistischen und kolonialismuskritischen erziehen. Hierfür
59 ist es erforderlich, dass im Geschichtsstudium wie auch dem Geschichtsunterricht dem deutschen
60 Kolonialismus Platz gegeben wird.

61 Im Sinne unseres Anspruchs einer kritischen, sozialistischen Gesellschaft ist es aus diesem Grund mit
62 großer Sorge zu betrachten, dass für die Zukunft nicht mit mehr sicheren, staatlichen Mitteln, sondern
63 sogar mit Kürzungen an Gedenkstätten zu rechnen ist. Es ist nicht zu akzeptieren, dass diese wichtigen
64 Institutionen des Erinnerns damit Opfer eines auf Kommerzialisierung aufbauenden kapitalistischen
65 Systems werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Gedenkstätten und damit die Auseinandersetzung mit
66 Geschichte wegrationalisiert wird! Die Aufarbeitung der Vergangenheit darf keine verhandelbare Option
67 sein, sondern fester Bestandteil des gesellschaftlichen Umgangs mit Geschichte und dessen totalitären
68 Regimen. Aus diesem Grund muss es ein Anliegen sein, die Wertschätzung von Gedenkstätten in finanzieller
69 sowie ideeller Hinsicht zu verbessern und so das Erinnern als zentralen Bestandteil gesellschaftlichen
70 Zusammenlebens zu sichern.

71 Jedoch beschränkt sich Erinnerungskultur und die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen
72 Geschichte nicht nur auf Gedenkstätten, sondern auch Universitäten und öffentliche Institutionen stehen
73 in der Pflicht, sich kritisch mit Namensgeber*innen, ehemaligen Wissenschaftler*innen und ihrer Rolle
74 im Nationalsozialismus und Kolonialismus auseinanderzusetzen. Insbesondere an naturwissenschaftlichen
75 und technischen Fakultäten wurden diverse Institute nach ehemaligen NS-Wissenschaftlern benannt,
76 Universitäten heißen nach Kriegstreibern und Antisemiten. Doch nicht nur an dieser Stelle ist die
77 NS-Aufarbeitung deutscher Hochschulen desaströs. Nach wie vor ist die Forschungsarbeit der Institute
78 und Professor*innen nicht ausreichend aufgearbeitet und wird häufig unkritisch als Erfolgsgeschichte
79 verbucht. Diese Aufarbeitung zu leisten darf nicht Aufgabe der ASten und Studierenden sein, hier stehen
80 Hochschulen in der Verantwortung, die eigene Vergangenheit kritisch zu beleuchten, Bildungsangebote
81 zu machen und beispielsweise Namensänderungen in die Wege zu leiten.

82 **Wir fordern deshalb:**

- 83
- 84
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- einen festen finanziellen Rahmen für die Erhaltung, Erweiterung und Forschung von Gedenkstätten durch den Bund und die Länder, der über die Finanzierung von einzelnen Ausstellungen und Projekten hinausgeht und für langfristige finanzielle Sicherheit sorgt
 - bessere Arbeitsbedingungen für Menschen, die in Gedenkstätten arbeiten, sodass sich Relevanz dieser Institutionen auch in der Wertschätzung deren Beschäftigten zeigt
 - die finanzielle Unterstützung von nicht kommerziell ausgerichteten Initiativen und Organisationen bei der Durchführung von Bildungsarbeit im Bereich der Aufarbeitung
 - die Ausweitung von interdisziplinären Lehrangeboten an allen Hochschulen in der Bundesrepublik im Bereich der Erinnerung und dem Umgang mit historischem und gegenwärtigen Faschismus und Antisemitismus
 - die verpflichtende Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialist*innen in allen Studiengängen eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit der DDR und deren gesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismen an Hochschulen
 - die Ausfinanzierung kritischer Forschungsprojekte und –arbeit, die sich mit der Aufarbeitung und Vermittlung von NS-, Kolonial- und DDR-Verbrechen auseinandersetzen.